



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Öffentliche Fernsprechstellen und Telephonkioske

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

gerät und Breschirmen vor, und bester Nickelstahl als Panzerung kämpft mit den stärksten Kanonen um den Sieg.

Ein Beispiel zähester Verteidigung wird Charleston stets bleiben; ob andre Soldaten und Bürger dasselbe vollbracht hätten, ist fraglich; sicher aber ist, daß ein Admiral vom Schlage Faraguts die Einfahrt doch erzwungen hätte. Der Mangel an einer Flotte bei den Südstaaten wurde entscheidend für den Ausgang des Krieges. Die Siege der Landheere und die schwachen Schiffe konnten trotz kühner Führung das Land nicht davor schützen, vom Seeverkehr abgeschnitten zu werden. Die Küstenplätze des Südens fielen in Feindeshand, das schwierige Fahrwasser der Küsten und Flüsse mit ihren Forts, Sperren und Seeminen konnte gegen den kräftigen Angriff der Flotte nicht gehalten werden. Von einer Selbstverteidigung der Küsten konnte schon gar nicht die Rede sein, da das mit Hilfsmitteln reich ausgestattete Vermessungspersonal des Feindes die Schwierigkeiten der Durchfahrt bald beseitigte; dagegen hätten nur zum Ausfallgefecht geeignete Schiffe geschützt. Hätten die Südstaaten eine nur einigermaßen brauchbare Flotte und nicht bloß Seeoffiziere gehabt, so würde der Kampf bei der Tapferkeit und Opferfreudigkeit ihrer Bevölkerung zu andern Ergebnissen und vielleicht zur Teilung der Union geführt haben.

Kiel

X. 21.



Öffentliche Fernsprechstellen und Telephonkioske



§ giebt in Berlin 33*) öffentliche Fernsprechstellen zur Benutzung für jedermann, natürlich gegen Entgelt. Im ganzen Deutschen Reiche zählt man deren jedoch 564, darunter 115 Börzenzellen, die sich auf 265 Orte verteilen.***) Sie befinden sich in Post- oder Telegraphenämtern, in großen, mehr oder weniger dunkeln, mit Zeug ausgepolsterten Schränken, die das Geräusch der Umgebung abhalten sollen; doch werden sie vom Publikum merkwürdig wenig benutzt. Meistenteils sind es, wenigstens in Berlin, Journalisten, die sich ihrer bedienen, und auch diese kommen nur selten und fast nur zu ganz bestimmten Tagesstunden. In der

*) Darunter eine, die im Winter geschlossen ist, in der Kunstausstellung.

**) Im deutschen Reichspostgebiete (ohne Baiern und Württemberg) zählte man 1895: 214 öffentliche Sprachstellen in 120 Orten, sowie 110 Börzenzellen; 1896: 222 in 123 Orten und 113 Börzenzellen. In ganz Deutschland 1896 (nach der neuesten Statistik) 502 öffentliche Fernsprechstellen in 296 Orten und 118 Börzenzellen, zusammen also 620.

übrigen Zeit stehen sie gewöhnlich unbenutzt da, oft stundenlang. In sämtlichen 564 Kabinen des Reichs wurden im Betriebsjahre 1895/96 nur 527850 Gespräche geführt, also durchschnittlich im Jahre 936 Gespräche oder 2,55 Gespräche an einem Tage auf je einer Sprechstelle, während auf die Privattelefone der Abonnenten durchschnittlich im Jahre je 2966 Gespräche, für die Sprechstelle also 8 Gespräche an einem Tage fielen. Wenn man aber sämtliche ausgeführten Verbindungen — also auch die der Vermittlungsämter — mitzählt, so kommen auf jeden Apparat durchschnittlich 11 auf jeden Tag. Gerade im Lokalverkehr werden die öffentlichen Telefone Deutschlands sehr wenig benutzt, obwohl sie hier eigentlich eine bedeutende Rolle spielen müßten. Sollten sie dazu wohl zu gering an Zahl sein? Oder vielleicht schon zu zahlreich?

Es dürfte wohl interessant sein, zu verfolgen, welche Rolle die öffentlichen Fernsprechstellen in andern Ländern spielen, und wie sie dort eingerichtet sind. Ein wenig verblüfft wird man dabei freilich sein, wenn man sieht, wie sie anderwärts zum Teil sogar außerordentlich viel mehr verbreitet sind als hierzulande.

Das Deutsche Reich mit seinen 52340000 Einwohnern zählte 1895/96 nur 564 öffentliche Sprechstellen; Frankreich nur mit 38517975 Einwohnern dagegen 762 öffentliche Telephonstellen; Schweden mit 4919260 Bewohnern sogar 829 (darunter 33 in Staatsanstalten); die kleine Schweiz mit 3029925 Menschen 516; Norwegen, schon 1893, mit 2041600 Menschen — also kaum soviel als Großberlin — 546, und das Ländchen Luxemburg mit nur 217583 Bewohnern 88 öffentliche Fernsprechstellen. Es kommt demnach eine öffentliche Sprechstelle auf je 2472 Einwohner in Luxemburg; auf 3739 in Norwegen; auf 5871 in der Schweiz; auf 5933 in Schweden; auf 50548 in Frankreich und erst auf 92801 Einwohner in Deutschland. Natürlich giebt es Staaten mit noch weniger öffentlichen Fernsprechern, doch lassen wir diese beiseite, da sie uns hier nicht interessieren. In Schweden ist die Zahl der öffentlichen Sprechstellen übrigens noch größer als oben angegeben, doch ist die Statistik darin leider unvollständig, da die von vielen Privatleuten in öffentliche Gesprächsstellen verwandelten Reichstelephone in ihr fehlen. 1896 waren 427 staatliche Telephonapparate im Dienste öffentlicher Sprechstellen, von den privaten ganz abgesehen. Wenn Deutschland relativ — nach dem Verhältnis seiner Einwohnerzahl — ebenso viele öffentliche Fernsprecher besäße, wie Luxemburg, so müßte es statt der jetzigen 564 deren im ganzen 20868 aufweisen, also siebenunddreißigmal mehr. Und wenn es auch nur soviele hätte, wie Schweden, die Schweiz oder Norwegen, so müßten es doch immer etwa 9 bis 14000 sein.

In Kristiania, der Hauptstadt Norwegens, mit 148000 Einwohnern gab es (schon zu Ende des Jahres 1892) 92 öffentliche Fernsprechstellen, also je eine auf je 1608 Menschen. Berlin mit seinen 1708000 Einwohnern müßte,

wenn hier dasselbe Verhältnis herrschte, statt der jetzigen 33 öffentlichen Telephone deren 1058 haben, also elfeinhalbmals so viel. In Bergen in Norwegen gab es zu derselben Zeit 30 solcher öffentlichen Sprechstellen, also je eine auf 1766 Einwohner (Bergen hat etwa 53000 Einwohner). Mit Recht wurde deshalb in den letzten deutschen Postkonferenzen auch eine Vermehrung der öffentlichen Fernsprecher gefordert, namentlich auch in den kleinern Landstädten, wo sie zur Zeit noch fast ganz fehlen.

In Schweden, Norwegen und Dänemark ist übrigens die Mehrzahl solcher städtischen öffentlichen Fernsprechstellen nicht in den staatlichen Post-, Telegraphen- oder Telephonanstalten untergebracht oder in den Büreaus der Privattelephongesellschaften, sondern meist viel praktischer und zweckmäßiger, dicht am Wege, für jedermann sichtbar und sofort benutzbar: nämlich in besondern Telephonkiosken, in Seltersbuden, Zeitungspavillons, Blumenbuden usw. Natürlich müssen die Inhaber solcher Sprechstellen den staatlichen oder privaten Telephonverwaltungen eine besondere Vergütung zahlen, sei es nun eine jährliche Abgabe oder eine Tantieme für jedes bezahlte Gespräch. Es ist oft ein Vergnügen, zu sehen, mit welcher Geschicklichkeit und Fertigkeit man sich in jenen Ländern, namentlich in Schweden, des Telephons bedient. In Stockholm pflegen die Sprechenden gar nicht erst in einen solchen Kiosk einzutreten, sondern sie lassen sich den an der Schnur hängenden Hörapparat auf die Straße herausreichen, und da der Schalltrichter zum Hineinsprechen mit ihm verbunden ist und so beim Hören schon von selbst immer vor dem Munde ruht, so ist Sprechen und Hören hier die leichteste Sache von der Welt. Auch sind die Apparate so zierlich und geschmackvoll gearbeitet, wie man sie in Deutschland gar nicht kennt. Die Leitungen sind stets doppelt, die Verständigung ist daher vortrefflich, trotz des Straßenlärms nebenbei, und trotzdem daß man meist nur leise hineinspricht. Alle Augenblicke kann man Herren und Damen oder selbst Männer und Frauen der einfachern Stände, so in Stockholm, auf den Straßen am Telephon sprechen, antworten und lachen hören. Es sind ja auch nur 10 Öre (11 Pfennige) für ein Stadtgespräch zu bezahlen. In den Kiosks werden außerdem noch Zeitungen, Kurzbücher, Witzblätter verkauft und allerlei Dienstleistungen übernommen. Ihre Glaswände sind mit Annoncen und Reklametransparenten bedeckt.

Sehr praktisch und merkwürdig sind die großartigen Telephonkioske in Kopenhagen, die seit dem 1. Juli 1896 von einer besondern Privatgesellschaft in Betrieb gesetzt wurden und schon im ersten Halbjahr eine Dividende von 6 Prozent einbrachten. Es giebt zur Zeit zehn Kioske, und sie stehen an den Hauptverkehrsadern der Stadt. Fast um die Hälfte höher, also etwa sieben Meter hoch, und drei- bis viermal dicker als die Uraniasäulen in Berlin, sind sie stilvoll in sechseckiger Gestalt auf Granitquadern von etwa einem Meter Höhe errichtet, oben mit rundem Dach, das sich später zu einer Spitze verzüngt und

mit Holzschnitzwerk sauber verziert ist. Die Wände ringsum sind aus Glas, und der Schalter ist von einem Glasvordach beschützt. Das Innere zerfällt in drei Räume: in den Schalterraum, worin eine junge Dame sitzt; in eine hohe, luftige und helle Telefonsprechzelle und in einen Schreibraum mit Pult, wo Telegramme, Briefe und dergleichen geschrieben werden können. Diese drei Räume stehen mit einander in Verbindung, und die Dame kann sie durch zwei Klappfensterchen beständig überwachen.

In jeden Kiosk münden zwei doppeldrähtige Telephonleitungen. Ein Telephon hat das Fräulein zu ihrem Gebrauch am Schalter, und eins befindet sich in der öffentlichen Sprechzelle. Annoncen und erleuchtbare Reklametransparente bedecken die Wände. Am Schalter hängt ein Thermometer, ein Barometer, eine Wetterkarte u. dgl., und auf dem Dache ist eine große Normaluhr. Die sechs Ecken des Daches tragen als Abzeichen je eine grüne Laterne. Die Beleuchtung ist elektrisch im Innern und Außern, und ein kleiner Metallofen erwärmt nötigenfalls den Schalteraum. Über dem Schalter sind Wochentag und Datum angezeigt. Ein großgedrucktes Preisverzeichnis erläutert, was man außer Zeitungen usw. in diesen Kiosks noch alles haben kann, nämlich:

1. Telefongespräche (je 3 Minuten):

in Kopenhagen mit den angrenzenden Nachbarorten	10 Öre (11 $\frac{1}{4}$ Pf.)
mit der Umgegend Kopenhagens (etwa 10—11 km im Umkreis)	20 " (22 $\frac{1}{2}$ ")
mit den übrigen Teilen der Insel Seeland (etwa 130 km lang)	40 " (45 ")

2. Lokaltelegramme (Grundtaxe 10 Öre + 1 Öre pro Wort), minimum 25 " "
 " bis zu 1 km Abstand von der Post, Extragebühr . 20 "
 Glückwunschtelegramme zu ermäßigten Preisen.

3. Expresbotendienst:

Briefe und kleine Pakete, innerhalb der Stadt	10 "
" " " " mit Velociped, unter Garantie innerhalb einer Stunde bestellt	20 "
" " " " mit sofortiger Bestellung per Velociped	35 "
" " " " in der Umgegend der Stadt, innerhalb zwei Stunden bestellt	40 "
" " " " sofortige Bestellung per Rad	65 "
" " " " mit Rückantwort zum Kiosk, extra	10 "
" " " " " " an eine andre Adresse, extra	20 "
" " " " mit Garantie für Wertpacke, extra	10 "
" " " " mit Abholung vom Absender, extra	10 "
" " " " rekommandirt (nur dem Adressaten persönlich abzugeben), extra	20 "

(Voten sind bei jedem Kiosk oder auch im Hauptkontor zu haben.)

4. Auskünfte:

Benutzung eines „Führers“ (Bädeters u. dgl.)	5 " (5,6 Pf.)
Benutzung eines Kursbuchs (von Dänemark, Schweden, Norwegen)	5 "
andre Auskunftsteilungen	20 "

Auskünfte, die besondere Erkundigungen erfordern, nach besonderer Taxe.

Grenzboten I 1898

5. Allerlei:

Einlieferung von „Kiosk-lagernden“ Briefen und kleinen Paketen	
zur Auslieferung in demselben Kiosk	5 Öre (5,6 Pf.)
zur Auslieferung in einem andern Kiosk	10 „
Einlieferung von Programmen, Zirkularen, Reklamen usw. zur Auslieferung von einem oder von allen Kiosken	
per 100 Stück	2 Kronen (225 Pf.)
„ 1000 „	5 „ (575 „)
Benutzung des Schreibraumes mit Zugabe von Papier und Couvert	10 „
Bestellung von Theater-, Konzert- usw. Billeten, pro Stück	10 „
Verzollung von Postpaketen	50 „
Beförderung von Briefen zu den Abendschnellzügen nach dem Kontinent, pro Stück	5 „
Bestellung oder Herbeischaffung von Droschken	10 „
Bestellung von Paketen zum Weihnachtsabend (Einlieferung schon vom 20. Dezember an gestattet), je nach der Größe und Entfernung	10 „
oder 15, 20, 25, 50 Öre.	

Wie man sieht, sind diese Kopenhagener Telephonkioske, die im Sommer von 7 $\frac{1}{2}$ Uhr morgens bis 10 $\frac{1}{2}$ Uhr abends, im Winter von 8 Uhr morgens bis 10 Uhr abends geöffnet sind, eine ganz vortreffliche und vielseitige Einrichtung, und sie verdienen in Deutschland nachgeahmt zu werden. In größern Städten würde der Erfolg sicherlich nicht ausbleiben — allerdings unter der Voraussetzung, daß der Tarif für Lokalgespräche herabgesetzt würde, und zwar von 25 auf 10 Pfennige. Die Kopenhagener Telephongesellschaft und die Kioskgesellschaft, die deren Telephone und Leitungen benutzt, haben sich daher mit einander verabredet, daß sie den Gewinn für Telephongespräche teilen, also jede 5 Öre für ein Gespräch erhält.

In Deutschland dürfen die Haus- oder Grundbesitzer nur ihren Mietern die Benutzung ihres Fernsprechers gegen Entgelt gestatten. Es wäre aber doch wünschenswert, wenn solche öffentlichen Telephonkioske auch hier zu ähnlichen Bedingungen errichtet würden, und wenn auch die Seltersbuden, die übrigens in Stockholm auffallend elegant und geschmackvoll eingerichtet und meist mit Reichs- und Privattelephon versehen sind, zu öffentlichen Fernsprechstellen gemacht werden könnten. Die Postverwaltung würde wahrscheinlich ein besseres Geschäft dabei machen, als jetzt, wo man für Lokalgespräche 25 Pfennige zahlen muß. Infolge dessen spricht natürlich niemand, sondern man zieht Postkarten und Pferdebahnen (10 Pfennige) vor; und nötigenfalls kauft man sich, wenn man Raucher ist, für 10 Pfennige eine Cigarre oder man trinkt einen Schnitt Bier und telephoniert umsonst im Cigarrenladen oder im Bierlokal. 10 Pfennige für ein Gespräch in der Stadt und den nähern Vororten wären aber ganz genug. Ein höherer Tarif bedeutet eben, wie die Statistik lehrt, Verschwendung des Verkehrs: 2 $\frac{1}{2}$ Gespräche täglich auf jede öffentliche Sprechstelle — welcher dürftiger Verkehr, welche flägliche Einnahme und Verzinsung der Anlage!

Eine Herabsetzung des Tarifs für öffentliche Lokalgespräche empfiehlt sich aber auch im Hinblick auf die Gebühren anderer Länder. Im deutschen Reichspostgebiet zahlt man für 3 Minuten 25 Pfennige; in Baiern für 5 Minuten 25 Pfennige; in Belgien für 5 Minuten 20 Pfennige (25 Centimes); in Ungarn für 5 Minuten 17 Pfennige (10 Kreuzer); in Österreich für 3 Minuten 17 Pfennige (10 Kreuzer); in Schweden, Norwegen und Dänemark $11\frac{1}{4}$ Pfennige (10 Öre); in der Schweiz sogar nur 8 Pfennige (10 Centimes) für ein Gespräch ohne begrenzte Dauer; in Spanien 16 Pfennige (20 Centimes); in Japan für 5 Minuten 10 Pfennige (5 Sen); bei den öffentlichen Sprechstellen der Privatgesellschaften Italiens: in Rom 8 Pfennige (10 Centimes), bei einer andern römischen Gesellschaft 12 Pfennige (15 Centimes); in Ferrara, Padua, Pisa, Verona 8 Pfennige (10 Centimes); in Mailand und Brescia für 5 Minuten 16 Pfennige (20 Centimes) usw. Also in den zehn angeführten Ländern sind die Tarife für Lokalgespräche in den öffentlichen Fernsprechstellen zum Teil um ein bedeutendes billiger, und der deutsche Gebührensatz ist um 212 Prozent teurer als der schweizerische! Daß man für 25 Pfennige auch auf Entfernungen bis 50 Kilometer sprechen kann, ist ein geringer Trost, denn im täglichen Leben des Durchschnittstädters handelt es sich vor allen Dingen um die nächsten Lokalbeziehungen; das Sprechen in die Ferne ist doch mehr eine Ausnahme. Übrigens ist auch der Tarif für Ferngespräche in Deutschland sehr teuer im Vergleich mit manchen andern Ländern. Von Interesse dürfte es noch sein zu erfahren, daß Abonnirte, die sich durch ihre Karten legitimiren, in Belgien an öffentlichen Sprechstellen gratis sprechen und in Baiern im gleichen Falle nur 10 (statt 25) Pfennige bezahlen, und daß auch ihre Angehörigen diese Vergünstigung genießen.

Ferner können Nichtabonnirte in Baiern für 5 Mark Billets zu 50 Lokalgesprächen — mit einjähriger Gültigkeit — erhalten (also auch 10 Pfennige für das Gespräch), und in Belgien können die Angestellten, Associés oder Agenten von Telephonabonnenten für 16 Mark 20 Pfennige (20 Francs) eine Jahreskarte zur beliebigen Benutzung öffentlicher Sprechzellen bekommen, die im zweiten Jahre sogar nur 8 Mark 10 Pfennige (10 Francs) kostet. Außerdem kann jedermann für 5 Francs (4 Mark) eine Monatskarte für beliebig viele Lokalgespräche kaufen.

Für viele Geschäfts- und Privatleute sowie für die Presse ist diese Einrichtung sicherlich von hohem Wert. Besonders angenehm ist es aber für den Benutzer, daß man in Belgien (für 25 Centimes = 20 Pfennige), Schweden (25 Öre = 28 Pfennige), Dänemark (25 Öre) und Norwegen (25 Öre) auch Nichtabonnenten in einer andern Stadt zu einer bestimmten Stunde durch Vermittlung der Fernsprechanstalt (durch einen besondern Boten) an das Telephon einer öffentlichen Sprechstelle rufen lassen kann, um mit ihnen telephonisch zu verhandeln. In Deutschland kann man das unsers Wissens zu

diesem niedrigen Preise nicht haben. Wir schließen mit dem Wunsche, daß die öffentlichen Fernsprechstellen bald angemessen vermehrt, bequemer eingerichtet und besser gelüftet und ihre Lokaltarife auf 10 Pfennige herabgesetzt werden. Zu verlieren ist dabei ganz sicher nichts, denn die Lokalgespräche sind in ihnen selten und bringen herzlich wenig ein, und die Ferngesprächsgebühr bleibt ja unberührt. Wenn die rund 500000 jährlichen Gespräche in den öffentlichen Sprachstellen der Reichstelegraphenverwaltung sämtlich Lokalgespräche wären, so würde das eine Einnahme von 125000 Mark bedeuten, und bei einer Herabsetzung der Lokalgesprächsgebühr von 25 auf 10 Pfennige einen theoretischen Verlust von 75000 Mark, d. h. also ein so kleines Risiko, daß es in einer so großen Verwaltung überhaupt nicht in Betracht kommt. Thatsächlich dürften aber wohl die Hälfte dieser Gespräche Ferngespräche sein, sodaß das Risiko schon auf 37000 Mark sank. Da sich der Verkehr bei einer solchen Ermäßigung aber bald verdreifachen würde, so wird ein Ausfall wohl überhaupt nicht stattfinden und nun eine bessere Ausnutzung der Anlagen eintreten.



Sozialauslese

(Fortsetzung)



ie verkehrte Politik, zu der man von Annuons „naturwissenschaftlicher“ Grundlage aus gelangen kann, hat er gleich selbst gelehrt. Vor allem bekämpft er das allgemeine Wahlrecht als eine höchst verderbliche Einrichtung. Dabei legt er S. 196 eine glänzende Probe ab von seiner wissenschaftlichen Genauigkeit und Gewissenhaftigkeit auch außerhalb des naturwissenschaftlichen Gebiets, indem er schreibt: „Durch das allgemeine Wahlrecht zum Reichstag ist Deutschland in eine Lage versetzt, bei der die untern Klassen vermöge ihrer großen Kopfzahl fast alle Macht besitzen, und es sich nur darum handeln kann, die infolge dessen drohenden Gefahren womöglich abzuwenden.“ Das würde sich ja in einer Wahlrede ganz gut ausnehmen, aber wenn es in einem Buche steht, so reicht das Lesen dieses einen Satzes schon hin, den Kritiker zu überzeugen, daß dieses Buch nicht in die wissenschaftliche Litteratur, sondern zu den Parteipamphleten gehört. Denn in Wirklichkeit haben die Regierungen und die obere Zehntausend alle Macht, die untern Klassen gar keine. Nicht einmal der Reichstag, wo doch die Vertreter der untern Klassen nur eine schwache Minderheit bilden, hat irgendwelche Macht; er mag immerhin beschließen, daß seinen Mitgliedern